

Antwort DIE LINKE Brandenburg auf die Wahlprüfsteine der Hahnemann-Gesellschaft – Arbeitsgemeinschaft klassisch homöopathisch behandelnder Ärzte

1. Homöopathie hat Evidenz seit 2005. Frau Prof. Witt, ehemals Charité, heute Lehrstuhl für Komplementärmedizin Zürich konnte zeigen, dass ca. 80% der chronisch Kranken von Homöopathie profitieren und ihre chronischen Leiden meist mehr als 50% abnehmen. Diese Erkenntnisse führten folgerichtig zur Implementierung der Homöopathie in das Krankenkassensystem. Aktuell erstatten die meisten Kassen Homöopathie. Wie ist Ihre Meinung zur Erstattung von Homöopathie durch Krankenkassen. Sollen die Krankenkassen weiter Globuli und Homöopathie erstatten können?

Ja. Die Voraussetzung dazu ist, dass die Wirksamkeit erwiesen ist und das Kosten-Nutzen-Verhältnis dafürspricht. Als freiwillige Leistung der Krankenkassen wird damit die Therapiefreiheit unterstützt.

DIE LINKE fühlt sich jedoch in erster Linie dazu verpflichtet, für einen sorgsamen Umgang mit Solidargeldern zu sorgen. Wenn damit umstrittene Heilmethoden finanziert werden, derweil notwendige Maßnahmen Sparzwängen zum Opfer fallen, stellen wir uns dem entschieden entgegen. Jede Behandlungsmaßnahme hat einen Nachweis des Patientennutzens zu erbringen. Ist dieser objektiv nicht erbracht, stehen wir dieser kritisch gegenüber. In der Fachwelt besteht nach Wahrnehmung der LINKEN keine Einigkeit über den Patientennutzen der Homöopathie. Erfahrungsberichte und Beobachtungsstudien halten wir für unzureichend. Den Wunsch nach Erstattung alternativer Behandlungsmethoden respektieren wir, sehen jedoch zum jetzigen Zeitpunkt keinerlei Grundlage, dem nachzukommen. Die Erstattung birgt zudem das Risiko in sich, dass Krankenkassen die Kosten homöopathischer Mittel lediglich deshalb erstatten, weil sie kurzfristig kostengünstiger sind. Einer regelhaften Erstattung stehen wir momentan also kritisch gegenüber.

2. Momentan sind Globuli in Apotheken erhältlich, sodass Pharmazeutinnen und Pharmazeuten den Verbrauchenden mit ihrem Fachwissen bei der Beratung zur Verfügung stehen. Wie ist Ihre Meinung? Sollen homöopathische Medikamente weiter unter die Apothekenpflicht fallen und in der Apotheke erhältlich sein?

Ja. Gerade im Land Brandenburg müssen wir leider auf sehr negative Erfahrungen im Arzneimittelbereich zurückschauen. Daher gehen wir dieses Thema mit besonderer Vorsicht an. Ganz gleich, um was für eine Arznei es sich handelt: Es ist sicherzustellen, dass das Medikament mehr nutzt als schadet. Ein verlässlicher Partner ist dabei das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen, das auch internationale Anerkennung findet.

Grundsätzlich vertrauen wir auf die Wissenschaft und sehen es weder als Aufgabe der Politik noch in deren Kompetenzbereich fallend an, hier eine fachliche Einschätzung vorzunehmen.

3. In der Schweiz ist die Homöopathie gleichberechtigter Teil der GKV-Regelversorgung und es konnte bereits gezeigt werden, wie die kostengünstigen Globuli bereits teurere konventionelle Medikamente wie Antibiotika und Kortikosteroide ersetzen. Das errechnete Einsparpotential ist enorm. Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen, die Versorgung der Bevölkerung ihrem Wunsch entsprechend, mit homöopathisch ausgebildeten Ärzten zu verbessern?

Nein. Aktuell haben wir im gesundheitlichen Bereich vorrangigere Problemlagen, deren Lösung kaum Ressourcen für weitere Projekte lassen werden. Brandenburg hat ein zunehmendes Problem in der

Haus- und Facharztversorgung besonders in ländlichen Regionen. Um dem entgegenzutreten, muss das bereits geplante und finanziell untersetzte Landärzte-Programm zügig umgesetzt werden. In Brandenburg wie auch bundesweit gibt es zudem zu wenige Hebammen. Deshalb haben wir auch dafür Geld in die Hand genommen, um mehr Geburtshelfer*innen für das Land zu gewinnen.

Zudem müssen grundsätzlich die Versorgungsstrukturen Brandenburgs – seien es die ambulanten Angebote wie auch die Krankenhausstandorte – sichergestellt werden. Ebenso liegt uns die Sicherstellung und der Ausbau der AGnES-Schwestern sehr am Herzen. Last but not least sehen wir großen Handlungsbedarf in der Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes.

DIE LINKE hat also viel vor. Wir stehen den Überlegungen, die Versorgung der Bevölkerung ihrem Wunsch entsprechend, mit homöopathisch ausgebildeten Ärzten zu verbessern nicht grundsätzlich abgeneigt gegenüber, sehen sie derzeit aber als nachrangig an.